



Ein Frachter passiert den Ort Sehestedt – regelmäßig verkehren auf dem Nord-Ostsee-Kanal auch Schiffe mit nuklearer Ladung. GRAFIKFOTO.DE

Atomare Fracht auf dem Nord-Ostsee-Kanal

Alle drei Wochen ist ein Transport mit Kernbrennstoffen unterwegs – und bald noch öfter, fürchten die Grünen

KIEL/BERLIN Die Grünen im Bundestag befürchten eine Zunahme von Atomtransporten durch die Ostsee und den Nord-Ostsee-Kanal. Grund für die Sorge ist unter anderem das in Bau befindliche Atomkraftwerk „Baltijskaja“ in der russischen Exklave Kaliningrad, dem früheren Königsberg. Der erste Meiler dort soll 2017 ans Netz gehen, der zweite 2018.

Schon jetzt fährt durchschnittlich alle drei Wochen ein Schiff mit nuklearer Ladung auf der meistbefahrenen Wasserstraße der Welt: Nach Angaben der Bundesregierung erfolgten „in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 51 Kernbrennstofftransporte durch den Nord-Ostsee-Kanal“. Eine Zahl für 2012 gibt es noch nicht. Doch kleiner als in den Vorjahren wird sie nicht sein, meint Dirk Seifert, Energie-Experte der Umweltschutzorganisation Robin Wood: „Mein Eindruck ist, dass die Atomtransporte durch den Kanal seit zwei, drei Jahren deutlich zunehmen.“ Erst vergangene Woche seien im Hamburger Hafen frische Brennstäbe für das Kernkraftwerk im finnischen Olkiluoto verschifft worden.

Besonders oft pendeln die Schiffe laut Robin Wood zwischen Hamburg und St. Petersburg in Russland. Bestimmungs- und Ursprungsorte der Ladung in Deutschland sind die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau oder die Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen, die auch nach Vollendung der Energiewende 2022 weiterarbeiten dürfen. Bei dem beförderten Material handle es sich meist um Uranhexafluorid oder um Uranoxide. Die Stoffe werden zur Herstellung von Brennelementen gebraucht. Zwar sind sie nur schwach radioaktiv, aber dennoch gefährlich – vor allem Uranhexafluorid: „Bei einem Austritt muss in kürzester Zeit ein Gebiet im Umkreis von zwei bis fünf Kilometern evakuiert werden“, warnt Experte Seifert.

Mit dem Bau des neuen AKW in Kaliningrad könnte die Zahl der Nukleartransporte über den Nord-Ostsee-Kanal künftig noch steigen, fürchten die Grünen. Zwar hat die Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage erklärt, dass das Kernkraftwerk seine gebrauchten Brennstoffe nach Auskunft Russlands über St. Peters-

burg abtransportieren werde. Doch lässt die Antwort nach Ansicht der Grünen offen, wie es dann weitergeht. Ihr Hamburger Abgeordneter Manuel Sarrazin will daher heute in der Bundestagsfragestunde von der Regierung wissen, ob sie ausschließen kann, dass der Nord-Ostsee-Kanal genutzt wird. Zudem fordert er: „Die Bundesregierung muss sich gegenüber Russland für einen Verzicht auf Atomtransporte über die Ostsee einsetzen.“

Auch Sarrazins Parteifreund Robert Habeck, Energieminister in Kiel, sieht die Atomtransporte durch den Nord-Ostsee-Kanal kritisch. Sperren will er ihn aber nicht: „Eine Verweigerung hätte ja nicht zur Folge, dass die Transporte wegfielen.“ Vielmehr würden nur andere Strecken gesucht. Wichtiger sei es, den Betrieb von Atomanlagen rasch zu beenden: „Dann sind keine Transporte mehr nötig.“ Zudem bezweifelt Habeck, dass eine Sperrung des Kanals rechtlich überhaupt möglich wäre.

Der Bremer Senat sieht das offenbar anders: Er hat die Häfen des Stadtstaats vor einem Jahr für Atomtransporte gesperrt.

Henning Baethge